

## Besser als ihr Ruf: Die europäische Afrikapolitik

In der Märzausgabe zog Claus Leggewie eine niederschmetternde Bilanz der französischen Afrikapolitik. Und in der Augustausgabe plädierte Armin Osmanovic für einen Neustart in der europäischen Politik gegenüber Afrika, um verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen. **Roger Peltzer** sieht Deutschland und Europa auf dem Nachbarkontinent dagegen – trotz großer Herausforderungen – auf dem richtigen Weg.

Schon unter Angela Merkel hat der afrikanische Kontinent in der deutschen Bundesregierung große politische Aufmerksamkeit erfahren. Die Ampelregierung setzt diesen Kurs fort: Seit seinem Amtsantritt reiste Bundeskanzler Olaf Scholz jedes Jahr nach Afrika und hat mit Ägypten, Äthiopien, Kenia, Nigeria und Südafrika die wesentlichen afrikanischen Mittelmächte besucht. Gleiches gilt für Außenministerin Annalena Baerbock, deren feministisch ausgerichtete Politik sie nicht daran gehindert hat, dem neu gewählten polygamen Ministerpräsidenten als auch dem Präsidenten des Senegal ihre Aufmerksamkeit zu machen. Beide waren infolge des Aufbegehrens der senegalesischen Jugend gegen die alten Eliten des Landes gewählt worden.<sup>1</sup> Und die für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zuständige Ministerin Svenja Schulze, die im Auftrag der EU die Politik gegenüber dem Sahel koordiniert, hält trotz der Militärputsche in Burkina Faso, Mali und Niger an einer niedrigschwelligen Zusammenarbeit mit allen Sahelländern fest. Mit dem Besuch

einer neu errichteten Textilfabrik in Benin im März signalisierte sie, dass Deutschland die Industrialisierungsambitionen Afrikas unterstützt.

Aber die EU und Deutschland haben Afrika nicht nur warme Worte zu bieten. Mit der Global Gateway Initiative mobilisiert die EU bis 2027 weltweit 300 Mrd. Euro für Infrastrukturprojekte im Globalen Süden. Dabei wurden erstmals EU- und bilaterale Haushaltsmittel mit Finanzierungen der Europäischen Entwicklungsbank, bilateralen Entwicklungsbanken und privaten Investoren kombiniert. Damit wird die EU gegenüber China bei Infrastrukturinvestitionen in Afrika wieder wettbewerbsfähig. Auf der Liste der Global Gateway-Projekte stehen unter anderem ein Eisenbahnkorridor, der den Hafen in Angola mit Sambia und der VR Kongo verbindet, wie auch ein Wasserkraftwerk in Kamerun. Noch vor wenigen Jahren konnten afrikanische Länder größere Straßenprojekte, Eisenbahnlinien oder auch Wasserkraftwerke fast ausschließlich über China finanzieren. Denn die europäischen und deutsche EZ hatten sich aus der Finanzierung solcher Projekte zurückgezogen und sich auf

1 Vgl. Claudia Ehing, Panafrikanisch und souverän: Ein neues Kapitel für den Senegal, in: „Blätter“, 6/2024, S. 29-32.

die Grundbedürfnisse der Menschen – Bewässerung, Gesundheit und Bildung – konzentriert. Das war zwar vielfach erfolgreich, hatte aber den Nachteil, dass die „Sichtbarkeit“ dieser dezentralen Projekte in den afrikanischen Hauptstädten gering war. Dort herrschte der Eindruck, nur die Chinesen würden etwas für Afrika tun.

Allerdings haben Deutschland und die EU in der Vergangenheit bereits Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien in Afrika finanziert. Die Tatsache, dass Länder wie Kenia, Marokko und Uganda ihren Strom heute überwiegend aus erneuerbaren Energien beziehen, ist auch das Ergebnis massiver Investitionen der KfW-Bankengruppe. Neu sind die *Joint Energy Transition Partnerships*, bei denen unter anderem Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die USA, Entwicklungsbanken und der Privatsektor zusammenwirken, um ausgewählten Ländern den Ausstieg aus der kohlenstoffbasierten Energieerzeugung zu ermöglichen. Solche JETP's wurden beispielsweise mit Südafrika und Senegal abgeschlossen.

Mit den Kapitalanlagegarantien des Bundes und den Hermes-Bürgschaften verfügt Deutschland über ein im weltweiten Vergleich ausgefeiltes System der Außenwirtschafts- und Investitionsförderung. Zudem hat die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft – vor fünf Jahren in Zusammenarbeit mit dem BMZ ein Programm für mittelständische Unternehmen aufgelegt, die in Afrika investieren wollen. Dort erhalten sie sehr unbürokratisch Kredite von bis zu fünf Mio. Euro. Mit dem Programm wurden schon über 50 Investitionen finanziert, die überwiegend erfolgreich verlaufen.

Wie aber verhält es sich mit den tatsächlich oder vermeintlich kritischen Aspekten der deutschen und EU-Politik in Afrika?<sup>2</sup> Viele Nichtregie-

rungsorganisationen weisen etwa auf die schädlichen Folgen europäischer Agrarexporte nach Afrika hin. Tatsächlich hat die EU schon vor vielen Jahren ihre damalige Praxis, Agrarexporte zu subventionieren, eingestellt. EU-Agrarexporte in Länder südlich der Sahara spielen seitdem eine sehr geringe Rolle bei deren Gesamtverbrauch an Nahrungsmitteln. In der Diskussion wird oft der Export von durch europäische Verbraucher verschmähten Hähnchenteilen angeführt, die zu Dumpingpreisen nach Afrika exportiert werden und dort lokalen Geflügelfarmen die Existenzgrundlage entziehen. Diese Beispiele gibt es. Sie sind aber das Ergebnis eines Versagens der lokalen Politik in Afrika. Sowohl die Regeln der WTO als auch die der Economic Partnership Abkommen der EU (EPA's) erlauben es afrikanischen Ländern, diese Importe zugunsten der einheimischen Geflügelzuchtbetriebe zu untersagen. Viele Länder tun dies, einige nicht. In den letztgenannten Ländern hat sich die Importlobby teils mit massiven Schmiergeldzahlungen durchgesetzt. Das ist ein Problem, aber man kann es nicht der EU anlasten.

**»Kein Land ist gezwungen, in der FCFA-Währungszone zu bleiben; ein Austritt ist jederzeit möglich.«**

Eine weitere Kritik, die sich durch 90 Prozent der Berichte deutscher Medien zieht, ist die an der FCFA-Währungszone, die aus der frühen Unabhängigkeit des frankophonen Afrikas datiert und die allen ehemaligen französischen Kolonien in Afrika einen stabilen Wechselkurs zunächst zum französischen Franc und heute zum Euro garantiert. Diese FCFA-Zone sei ein neokoloniales Produkt und würde die Mitgliedsländer in „ausbeuterischer“ Abhängigkeit zu Frankreich und Europa halten. Doch kein Land ist gezwungen, in dieser Währungszone zu bleiben; ein Austritt

2 Vgl. etwa den Beitrag von Armin Osmanovic, Kein Plan, kein Vertrauen: Europas Afrikapolitik, in: „Blätter“, 8/2024, S. 25-28.

ist jederzeit möglich. Interessanterweise wird diese Möglichkeit aber von keinem Land wahrgenommen. Auch der neu gewählte Präsident des Senegal macht nicht die geringsten Anstalten, aus der FCFA-Zone auszutreten, obwohl er das als Oppositionsführer einst gefordert hatte. Schließlich sind die Vorteile der Zone viel zu offensichtlich: Sie garantiert eine stabile Währung, eine relativ niedrige Inflation, eine relativ niedrige Verschuldung – die frankophonen Länder weisen durchweg geringere Schulden auf als andere afrikanische Länder – und ein hohes Maß an wirtschaftlicher Integration.

**» Man tut Macron Unrecht, wenn man seine Afrikapolitik in die Tradition der *Françafrique* stellt.«**

Auch in anderen Bereichen erhält die französische Afrikapolitik in Deutschland vielfach schlechte Noten. Es stimmt, die Franzosen waren genauso schlechte Kolonialherren wie die Engländer, Belgier, Portugiesen und zuvor die Deutschen. Nach der Unabhängigkeit der französischen Kolonien hat sich zunächst über Jahrzehnte das System der *Françafrique* etabliert, einer engen Verandelung zwischen französischen Eliten und autoritären Herrschern in Afrika.<sup>3</sup> Aber dieses *Françafrique* ist längst Geschichte. Man tut Macron Unrecht, wenn man seine Afrikapolitik in diese Tradition stellt. Natürlich hat Frankreich weiterhin eine Verpflichtung gegenüber seinen ehemaligen Kolonien, zumal es intensive Verflechtungen zwischen Millionen von Westafrikanern und Franzosen gibt. Und natürlich ist die Abwägung zwischen der Aufrechterhaltung einer (oft vermeintlichen) Stabilität und der Förderung des demokratischen Umbruchs in jedem Einzelfall schwierig. Tatsache

3 Vgl. Claus Leggewie, „Frankreich, verziehe dich!“ Das Fiasko der französischen Afrikapolitik, in: „Blätter“, 3/2024, S. 75-80.

ist aber auch, dass das Eingreifen französischer Militärs 2011 entscheidend dafür war, dass der demokratisch gewählte Präsident Alassane Ouattara in der Elfenbeinküste die Macht übernehmen konnte, was sich seitdem für das Land als Segen erwiesen hat. 2013 verhinderten französische Truppen in Mali, dass Islamisten dort die Macht übernahmen. Dafür wurden sie von der malischen Bevölkerung bejubelt. Dass viele Jahre später nationalistische Militärs in Bamako die Macht übernahmen und die Franzosen aus dem Land komplementierten, hat auch viel mit der Haltung der Franzosen (aber auch der Deutschen) zu den Tuareg zu tun. Diese streben nach einer begrenzten Autonomie und sind dabei auch unheilige Allianzen mit islamistischen Terroristen eingegangen. Die Franzosen waren immer bemüht, zwischen den Tuareg und der malischen Regierung diplomatische Lösungen zu ermöglichen. Vor einigen Jahren mündete das in ein Friedensabkommen mit begrenzten Autonomierechten für die Tuareg. Dies war den nationalistischen malischen Militärs jedoch ein Dorn im Auge. Auch deshalb haben sie geputscht, das Friedensabkommen aufgekündigt und versucht, die Tuareg mit Hilfe der russischen Wagner-Söldner militärisch auszuschalten.

Schließlich sollte man den kulturellen Aspekt der französisch-afrikanischen Beziehungen nicht außer Acht lassen. Beide Kulturen haben sich über Jahre massiv gegenseitig beeinflusst. Zum Ausdruck kam das etwa, als die aus Mali stammende Sängerin Aya Nakamura bei der Eröffnung der Olympischen Spiele mit dem Blasorchester der französischen republikanischen Garde auftrat. Und das berühmte panafrikanische Filmfestival „FESCAPO“ in Burkina Fasos Hauptstadt Ouagadougou wäre ohne französische Unterstützung nicht denkbar.

Die deutsche Afrikapolitik ist vor diesem Hintergrund also gut beraten, sich eng mit Frankreich abzustimmen,

auch wenn es im Detail und im Einzelfall notwendig sein kann, vor Ort unterschiedliche Akzente zu setzen.

Deutschland und Europa sind in Afrika im Wesentlichen mit zwei Herausforderungen konfrontiert: Sie stehen zum einen im starken Wettbewerb mit anderen globalen Akteuren wie China, Russland, aber auch der Türkei, Indien, Marokko und partiell Brasilien. Zum anderen weist insbesondere das südliche Afrika eine extrem junge Bevölkerung auf. Viele Millionen dieser jungen Menschen sind mittlerweile auch dank westlicher EZ gut ausgebildet und drängen auf den Arbeitsmarkt. Doch in ihren Heimatländern gibt es nur für einen Bruchteil von ihnen qualifizierte Stellen. Die jungen Menschen müssen sich daher mit Jobs als Straßenverkäufer oder Motorradtaxifahrer zufriedengeben. Daraus erwächst eine große Frustration, die sich gleichermaßen gegen autoritäre wie demokratisch gewählte Herrscher wendet. Quer durch Afrika sind Jugendliche überzeugt, dass die alten Eliten ihnen keine Perspektive bieten können. Viele dieser Jugendlichen sehen für sich nur noch in der Migration eine Perspektive.

### **» Europa bleibt in Afrika ein gefragter Ansprechpartner.«**

Was bedeuten diese Herausforderungen für die deutsche und europäische Afrikapolitik? Zunächst einmal stehen Deutschland und Europa im Systemwettbewerb nicht so schlecht da. Europa bleibt mit seinen westlichen Werten und geringer Korruptionsanfälligkeit für einen Teil der afrikanischen Eliten und der jüngeren Generationen Afrikas ein gefragter Ansprechpartner. Deutschland und Europa können besonders mit China durchaus mithalten, zumal die Volksrepublik schwächelt, weniger Vorhaben in Afrika finanzieren kann und sich gut überlegen muss, ob sie weiter unrentable Prestigepro-

jekte auf den Weg bringen will. Eine Reihe afrikanischer Ländern ächzt zugleich unter chinesischen Schulden.

Dennoch: Europa muss akzeptieren, dass afrikanische Länder mit einer Vielzahl von Gebern zusammenarbeiten – und sollte durchaus auch die Kooperation mit diesen neuen Gebern, auch mit China, suchen. Wichtig wäre beispielsweise, China in gemeinsame Umschuldungsverhandlungen mit afrikanischen Partnern einzubeziehen. Von Fall zu Fall muss Europa mit autoritären Regimen zusammenarbeiten – sei es aus humanitären Gründen, aus Gründen des Klimaschutzes oder der Sicherung von Stabilität. Das sollte man sich in Europa bewusst machen.

Was kann Europa Afrikas Jugend bieten? Mit Sicherheit kann Europa nicht all die jungen Menschen aufnehmen, die nach qualifizierten Jobs suchen. Das würde die Sozialsysteme Europas sprengen und wäre ein Programm, um rechtsradikale Parteien überall in Europa an die Macht zu bringen. Europa kann aber in viel größerem Umfang legale Migration organisieren und Zehntausenden jungen Afrikanern Ausbildungsplätze und Arbeitsmöglichkeiten anbieten. Das würde zwar nicht die Gesamtheit der Probleme lösen, aber in Afrika wichtige Zeichen setzen und zugleich den Fachkräftemangel hierzulande lindern. Mit den Migrationszentren der GiZ, die für die Reintegration von Rückkehrern gedacht waren, nun aber auch Arbeitskräfte für Deutschland anwerben sollen, hat die Bundesregierung erste Schritte in diese Richtung eingeleitet. Diese können und müssen massiv ausgeweitet werden. Wichtig wäre auch, über die politischen Stiftungen Dialogkanäle mit der protestierenden Jugend in Afrika aufzubauen und sie zu motivieren, ihre Reformenergie in die politischen Prozesse ihrer Länder einzubringen. Denn ohne politische Veränderung vor Ort lassen sich die vielschichtigen Probleme dieser Länder langfristig nicht lösen.